der vorjährigen Annäherung sehr bald herausstellte, daß mehrere italienische Staatsmänner doch vollständig im Banne der englischen Politik stehen, und der durch den Besuch König Viktor Emanuels am russischen Hofe eingeleiteten italienisch-russischen Freundschaftspolitik sofort in schärfster Weise entgegenarbeiteten. Am leichtesten war dieses Ziel durch die albanesische Politik Italiens zu erreichen, wie überhaupt auf russischer Seite unter allen albanesischen Wirren englische Wünsche vermutet werden. Die großen Geldmittel, über welche der albanesische „Thronprätendent" Aladro Kastriotti verfügt, hat dieser offenbar von geheimen Gönnern erhalten, da der Herr früher, als er noch spanischer Gesandtschaftssekretär war, keinerlei Vermögen besaß. Aladro aber hat es verstanden, sehr enge Beziehungen zu italienischen Staatsmännern, auch zu Primetti, anzuknüpfen, der ihm sogar eine Audienz beim König Viktor Emanuel verschaffte. Die ganze albanesische Bewegung aber hat nach russischer Auffassung keinen anderen Zweck, als den Plan des Zaren, die friedliche Lösung der makedonischen Frage zu durchkreuzen. Das Mißtrauen Rußlands geht so weit, daß man nicht nur die Hetze gegen den russischen Konsul in Mitrowitza auf auswärtige Machenschaften zurückführt, sondern auch mehrere einflußreiche Albanesen im Yildizpalast zu Konstantinopel im starken Verdacht hat, im Dienste auswärtiger russenfeindlicher Bestrebungen zu stehen. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß die panslawistische Strömung doch wieder am Zaren-Hofe die Oberhand gewinnt, wobei sich die Vertreter dieser Richtung besonders auch gegen das russisch-österreichische Balkan-Einvernehmen richten würden. — Die Gesamtlage ist also derart, daß, wenn die jetzige makedonische Politik des Zaren eine tatsächliche Niederlage erleidet, die weitere Politik Rußlands Europa gegenüber eine wesentliche Aenderung erfahren dürfte, mit welcher Möglichkeit auch manche deutschfeindliche und monarchistische Politiker Frankreichs zu rechnen scheinen.

Deutsches Reich.

β. **Berlin**, 14. April. (Graf Bülow und die amerikanische Flotte.) Das kanadische Blatt „The Montreal Daily Star" bringt den Grafen Bülow in einen merkwürdigen Zusammenhang mit der amerikanischen Flotte. Zwar berichtet das genannte Blatt ganz zutreffend, daß die bekannte Großsprecherei des Admirals Dewey auf Grund der abgegebenen Erklärungen vom Berliner Auswärtigen Amte als erledigt angesehen werde. Aber der „Montreal Daily Star" fügt hinzu, daß im Gegensatze zu dieser Haltung des Berliner Auswärtigen Amtes vom Grafen Bülow im — „Berliner Tageblatt" gehässige Vergleiche betreffs der amerikanischen Flotte, nämlich im Punkte der Homogenität des Typs usw., angestellt worden seien. Graf Bülow hat mit der gedachten Auslassung des „Berliner Tageblattes" in Wahrheit gar nichts zu tun: als ihr Verfasser hat vielmehr ganz deutlich Kapitänleutnant a. D. Graf Reventlow gezeichnet, der als Marineschriftsteller bekannt genug ist, um selbst von dem „Montreal Daily Star" mit dem Grafen Bülow nicht verwechselt zu werden.

* **Berlin**, 14. April. („Zu viel des Guten".) Unter dieser Ueberschrift warnt die in Chicago erscheinende „Illinois Staatszeitung", eines der angesehensten deutsch-amerikanischen Blätter, vor allzu großem Entgegenkommen den Vereinigten Staaten gegenüber. In einem längeren Artikel schreibt das Blatt:

„Niemand in den Vereinigten Staaten hat ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unserer Republik und dem Deutschen Reiche als die Deutsch-Amerikaner. Denn ein Krieg zwischen dem Lande unserer Geburt und dem unserer Wahl wäre die schwerste Heimsuchung, welche über uns kommen könnte. Deshalb haben wir während der angelsächsischen Hetzereien, vielfach mit Hintansetzung unserer Geschäftsinteressen, unsern ganzen Einfluß aufgeboten, den damals anscheinend nahe bevorstehenden Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reiche zu verhindern. Der angelsächsische Schwindel zerschellte dann auch an der festen Front der Deutsch-Amerikaner. Mit herzlicher Freude sehen wir jetzt, daß der Kaiser und der Präsident Roosevelt bemüht sind, die seit mehr als hundert Jahren bestehende Freundschaft zwischen den beiden großen, verwandten Völkern aufrecht zu erhalten. . . . Herr Roosevelt ist durchaus kein Demagoge. Er hat stets den Mut gezeigt, seine Ueberzeugung auszusprechen. Aber da er Kandidat für die Präsidentschaft ist, so darf man wohl annehmen, daß er, so weit dies mit seinen Pflichten vereinbar ist, sich das große deutsche Votum für das Jahr 1904 warm halten wird durch Pflege der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern."

Nach Aufzählung all der verschiedenen von Berlin aus den Vereinigten Staaten in letzter Zeit erwiesenen Liebenswürdigkeiten heißt aber es zum Schlusse des Artikels:

„Wir würden dem Kaiser ernstlich raten, mit Entgegenkommen einzuhalten. Er kennt unsere „Volksseele" nicht. Der einzelne Amerikaner ist ja ein liebenswürdiger Mensch, ein opferwilliger Nachbar und ein treuer Freund. Als Volk aber sind wir anmaßend und flegelhaft. Sehr viele Liebenswürdigkeit macht uns — je nachdem — mißtrauisch oder hochmütig. Man traut dem sehr Liebenswürdigen üble Anschläge zu, oder man hält ihn für einen Menschen ohne Selbstbewußtsein. Wenn der Kaiser besser bezahlt wäre, müßte er wissen, daß er mit Freundlichkeit bei uns nur dann etwas erreicht, wenn diese mit einem tüchtigen Zusatze desselben Stoffes gepaart ist, den wir selbst besitzen. Die deutschen Offiziösen sollten einmal erklären, das Entgegenkommen des Kaisers habe eine so sonderbare Aufnahme gefunden, daß man sich in Berlin nicht weiter bemühen, sondern auf Freundschaftsbeweise von unserer Seite warten werde. Das wird unsere „Volksseele" sympathischer berühren, als überschwängliche Liebenswürdigkeit."

Dieser Ansicht ist von uns wiederholt Ausdruck gegeben worden.

— Wegen der Einrichtung und des Betriebs von Bleihütten wird demnächst dem Bundesrate eine im Reichsamt des Innern fertig zu stellende Bekanntmachung zugehen. In Frankreich ist ein Gesetz vorgesehen, dahin zielend, daß Bleiweiß nach Ablauf eines Zeitraumes von drei Jahren im Innern von Gebäuden nicht mehr verwendet werden soll. Ein gleiches Verbot soll eventuell auf das Aeußere von Gebäuden erstreckt werden. Nach den gutachtlichen Aeußerungen der zuständigen Stellen im Reiche und in den Einzelstaaten erscheint ein derartiges Verbot in Deutschland nicht angezeigt, ja sowohl technisch wie wirtschaftlich nicht wohl möglich. Dabei ist festgestellt worden, daß, soweit fiskalische Anlagen in Frage kommen, Uebelstände aus der Verwendung von Bleiweiß nicht hervorgetreten sind.

— Man erzählt sich in politischen Kreisen, daß dem Reichstage noch ein Nachtragsetat zugehen werde. In demselben soll die von der Budgetkommission und vom Plenum abgelehnte Forderung für den Neubau des Reichsmarineamts in veränderter Form unter Ermäßigung des Kostenanschlages wieder aufgenommen werden, nachdem die Besitzer der in Frage kommenden Grundstücke von der Bellevuestraße ihre Angebote erniedrigt haben. Für unser Auftreten in Venezuela soll nichts ausgeworfen sein. (B. T.)

— In der „D. Juristenztg." bespricht Privatdozent Dr. Opet-Kiel die „Anfechtung der Ehelichkeit nach Privatfürstenrecht" aus Anlaß der Vorgänge im sächsischen Fürstenhause und kommt zu dem Schluß, daß das Inkrafttreten des Bürgerl. Gesetzbuchs an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert hat. Denn das B. G.-B. setze sich in zwei Punkten mit dem Inhalt des gemeinen Privatfürstenrechts in Widerspruch: § 1591 Abs. 1 des B. G.-B. bezeichnet die vor wie während der Ehe erzeugten Kinder gleichmäßig als ehelich, sofern sie nur nach der Eingehung der Ehe geboren werden, während das Recht des hohen Adels nur der zweiten Gruppe Ehelichkeit beimiß; und § 1593 reserviert die Anfechtungsbefugnis dem Mann der Mutter, während das gemeine Privatfürstenrecht jedem rechtlich Interessierten die Anstrengung der negativen Filiationsklage verstattet.

— An den Abg. Geh. San.-Rat Dr. Endemann hat anläßlich von dessen 70. Geburtstage namens der nationalliberalen Fraktion Abg. Bassermann folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Freund!

Im Namen der nationalliberalen Reichstagsfraktion und im eigenen Namen gestatte ich mir, zu Ihrem morgigen Geburtstagsfeste Ihnen die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Es ist für uns alle ein schmerzliches Gefühl, daran denken zu müssen, daß ein so seltener Tag, wie die Vollendung der Siebzig, zusammenfällt mit Ihrem Ausscheiden aus dem politischen Leben, in welchem Sie dem Vaterland und der Partei so viele Dienste geleistet haben, in welchem Sie jederzeit ein Kämpfer waren für die großen nationalen Ziele und den freiheitlichen Gedanken. Wir müssen uns damit abfinden, daß Sie dem namenlosen Hasse am Königsplatze den Rücken drehen und wünschen Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie die Jahrzehnte, die Ihnen noch beschieden sein mögen, in ungetrübter Gesundheit und Geistesfrische und ohne Minderung Ihres herzerwärmenden Humors erleben mögen. Mit freundschaftlichem Gruße! (gez.) Bassermann, Mitglied des Reichstags.

— Wie der „Germania" aus Rom gemeldet wird, wurde der Zentrumsabgeordnete v. Savigny am Sonnabend vor Ostern vom Papste in Privataudienz empfangen, um im Auftrage des Fraktionsvorstandes die bereits telegraphisch ausgesprochenen Glückwünsche mündlich zu wiederholen. Dieser Empfang in der stillen Woche soll ein besonderer Gunstbeweis für Herrn v. Savigny und die gesamte Fraktion sein.

— Im September d. J. tagt bekanntlich ein großer internationaler Kongreß für Statistik. In diesen Tagen tritt auf Anordnung des Reichskanzlers für die betreffenden Vorbereitungen ein Organisationskomité unter dem Vorsitze des Präsidenten des reichsstatistischen Amts, des Geh. Ober-Regierungs-Raths Wilhelmi, zusammen.

— Die Ostmarkenfahrt des Vereins deutscher Studenten ist gesichert; sie wird am 22. April von Berlin aus angetreten.

— Ueber die jüngsten Diskussionen der theoretisierenden „Genossen" äußert sich ein Genosse W—r im „Volkswillen" zu Hannover. Er bedauert, daß gerade zu einer Zeit, in der sich die Genossen zusammenschließen sollten zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, ein paar Parteigenossen, die Anspruch darauf erheben, als geistige Führer im Kampfe gegen die Reaktion zu gelten, sich außerhalb der Front herumtaydalgten. Der Artikelschreiber tadelt dann im einzelnen, daß Genosse Dr. David noch schnell vor der Wahl durch sein Buch über die Agrarfrage eine Diskussion hervorrief, daß Kautzky seine Kritik des Davidschen Werkes in eine verletzende Form kleidete, daß Göhre nach der Veröffentlichung des Parteivorstandes über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse noch einen Artikel in der „Zukunft" veröffentlichte und Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften" einen Artikel: „Der Marx-Kultus und das Recht der Revision" erscheinen ließ. Genosse W—r fragt:

„Wohin soll das führen, wenn angesichts eines der schwersten Kämpfe, den die Partei je zu führen hatte, Parteigenossen, die als geistige Führer der Sozialdemokratie gelten wollen, die sich berechtigt glauben, die höchsten Ehrenstellen einzunehmen, die das Proletariat zu vergeben hat, einen derartigen Mangel an Takt und der noch notwendigeren Disziplin bekunden?!"

Er schließt seinen Artikel:

„Soweit wir die Stimmung der Parteigenossen kennen, haben sie es gründlich satt, sich gerade von denjenigen Parteigenossen, die ihnen im Kampf gegen die Gegner vorangehen und der Masse ein Beispiel von Disziplin geben sollten, immer wieder Steine in den Weg wälzen zu lassen."

Und der „Vorwärts" gibt diesmal dem Realpolitiker Recht und schreibt:

Wir wollen ununtersucht lassen, ob die Vorwürfe, die Genosse W—r im einzelnen erhebt, gerechtfertigt sind oder nicht; was er jedoch über die Meinung der Parteigenossen von dem Takt und der Disciplin unserer Theoretiker sagt, so können wir aus unserer Kenntnis der Verhältnisse ihm nur bestätigen, daß er die Stimmung der Masse richtig wiedergegeben hat.

Und die „schwielige Faust" wird in ihrem Kampfe mit dem „Parteidenkerbauche" vorläufig wohl siegen — nach den Wahlen wird dann die soziale Frage weiter gelöst werden.

— Die Reichsdruckerei hat bereits vor längeren Jahren auf Wunsch Privater Postkarten in einer Mindestauflage von 10 000 Stück mit einem eingedruckten Wertstempel — wie der der offiziellen Karten — versehen. Da nun diese „Privat-Postkarten" mit Aufschrift „Reichspost" seit dem 1. Jan. 1903 außer Kurs sind und ihre Besitzer sie nicht gegen gewöhnliche Postkarten umtauschen wollten, kam ihnen die Post auf folgende Weise entgegen: Für die Summe von 75 ₰ pro 1000 Stück hat die Reichsdruckerei die Postkarten mit einem aus drei konzentrischen Kreisen bestehenden Ringstempel und einem Balken über das Wort „Reichspost" überdruckt resp. entwertet und außerdem für jede Karte eine Freimarke zu 5 ₰ herausgegeben, sodaß nunmehr die Karten weiter benutzt werden können.

— Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben nunmehr das Ziel ihrer Wünsche, ein Verbandshaus, erreicht. Der Ankauf des Grundstückes, Greifswalder Straße 222/223, ist bereits abgeschlossen, und die Vorarbeiten für den Bau sind im Gange. Beschlossen wurde in der letzten Sitzung des Zentralrats, eine ausgedehnte Agitation nach der Provinz Posen zu unternehmen.

— Der russische Verkehrsminister, der auf einer Informationsreise begriffen ist, und eine größere Anzahl von höheren Beamten seines Ressorts treffen am 25. d. Mts. auf zwei russischen Dampfern, weichselabwärts kommend, in Danzig ein. Der Minister wird an der Grenze von höheren Beamten der preußischen Weichselstrombauverwaltung empfangen. (B. L.-A.)

— Der preußische Oberregierungsrat Dr. Kaup wurde zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Reichsamt des Innern ernannt.

— Der Freiburger katholische Theologe Prof. Heiner hat vom Papste das Verdienstkreuz pro Ecclesia et Pontifice erhalten. Nach der „Germania" hängt die Ordensverleihung mit Professor Heiners Tätigkeit in der Straßburger Fakultätsfrage zusammen.

* **Neustrelitz**, 14. April. Ein Streik ist unter den hiesigen Maurern ausgebrochen. Als Ersatz sind von den Meistern etwa 50 italienische Bauarbeiter angenommen worden. Bei ihrer Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe waren Sicherheitsmaßregeln getroffen, um Ausschreitungen der Streikenden zu verhindern.

* **Thorn**, 14. April. Das im hiesigen Kreise belegene Gut Schloß Birglau, 1054 Hektar groß, ist vom Fiskus für 800 000 ℳ von der Baronesse v. Ziegler-Klipphausen angekauft und soll als königliche Domäne verwaltet und demnächst verpachtet werden. Das Gut, eins der ehemaligen Thorner Kämmereigüter, hat ein gut erhaltenes Komthurschloß in schöner Lage mit prächtigem Park.

* **Görlitz**, 14. April. Die Generalversammlung des Vereins „Deutsches Lehrerheim" genehmigte den Antrag auf kostenlose Ueberlassung eines Platzes beim Deutschen Lehrerheim in Schreiberhau zur Errichtung eines Bosse-denkmals. Eine Zuschrift des preußischen Kultusministers, wonach beabsichtigt ist, im Lehrerheim eine Büste des verstorbenen Ministerialdirektors Kügler aufzustellen, wurde beifällig aufgenommen.

* **Weimar**, 14. April. Ueber die Festlichkeiten bei Gelegenheit des Einzuges des Großherzogs und seiner Gemahlin in unsere Stadt erfährt die Zeitung „Deutschland" folgendes:

Vom Bahnhofe bis zum Schloß wird ein zweireihiges Spalier gebildet von Studierenden der Universität Jena, den Kriegervereinen, Turnern, Feuerwehren, Schülern der hiesigen Lehranstalten usw. Am Jubiläumsplatz wird Oberbürgermeister Pabst den Landesherrn nebst seiner Gemahlin mit einer kurzen Ansprache begrüßen. Während der Wagen mit dem hohen Paare im Schritt durch die genannten Straßen fährt, werden sich die Spalierbildenden zum Zuge formieren und dem Wagen anschließen. Am Nachmittag 5 oder 6 Uhr findet sodann auf dem Marktplatz ein Volksfest statt. Abends, nach Eintritt der Dunkelheit, wird dem Großherzoglichen Paare ein Fackelzug gebracht, der auf dem Schloßplatz endet; dort sollen einige Lieder gesungen werden und zwischen diesen nochmals eine Ansprache erfolgen. Die Turnvereine führen zum Schluß auf dem Schloßplatz einen Reigen auf.

* **Gotha**, 14. April. Herzog Karl Eduard und der Regierungsverweser, Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, reisten, einer Einladung Kaiser Wilhelms entsprechend, nach Berlin.

* **Eisenach**, 14. April. Wegen Lohndifferenzen legten heute früh in einer hiesigen Zementröhren- und Kunststeinfabrik sämtliche Leute die Arbeit nieder. (Eis. Tgepost.)

* **Nürnberg**, 14. April. Die Generalversammlung des Wahlvereins der bayerischen Konservativen beschloß, zusammen mit dem Bunde der Landwirte und dem bayerischen Bauernbunde in möglichst vielen Wahlkreisen Reichstagskandidaten aufzustellen, mit den Nationalliberalen aber nur dann zusammengehen, wenn diese den Konservativen die Unterstützung in anderen Wahlkreisen zusagen.

* In **Pirmasens** soll die angekündigte Aussperrung der Schuhfabrik-Arbeiter nach dem „Vorw." am Sonnabend, 18. d. Mts., zur Tatsache werden. Ein Einigungsversuch, den der Bezirksamtmann unternommen hat, blieb erfolglos.

W. **Stuttgart**, 14. April. Der frühere Kaiserliche Botschafter in Washington, Dr. v. Holleben, weilt zur Zeit hier; am Sonntag folgte er einer Einladung des Königs zur Frühstückstafel im Wilhelmspalais. — Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei ist in seiner bisherigen Zusammensetzung von der zu Ostern hier abgehaltenen Landesversammlung wiedergewählt worden. Bebel hat gestern vor etwa 3000 Personen hier gesprochen. Er führte (laut „Staatsanzeiger") u. a. aus: Auf Grund des vom Reichstag beschlossenen Zolltarifs werde es unmöglich sein, Handelsverträge abzuschließen, die den Interessen der großen Mehrheit des Volkes entsprechen. Die Sozialdemokratie werde unter allen Umständen diesen Zolltarif und die ausführenden Handelsverträge, namentlich solange die Minimalzölle in dieselben aufgenommen seien, bis aufs äußerste bekämpfen. Die Schuldenlast des Reichs sei enorm gestiegen und man werde daher bei den Wahlen an die Kandidaten vor allem auch die Frage richten müssen, wie sie sich zu einer weiteren Steigerung der Militär- und Marineausgaben stellen. Bei unsern Nachbarn, den Franzosen und Russen, höre man nichts von neuen Rüstungen. Die Franzosen seien bereits seit 4 Jahren am Ende ihres Latein angekommen, sie könnten das erforderliche Rekrutenkontingent nicht mehr aufbringen. Und Rußland sei vermöge seiner ganzen politischen und finanziellen Lage nicht im stande, einen Krieg zu führen. Die Alldeutschen und Nationalsozialen malten allerdings den Krieg mit England an die Wand, aber ein Krieg mit England wäre Wahnsinn. England sei unser bester Kunde. Die innere Politik des Reichs zeige überall Rückständigkeit. Was in der sozialen Gesetzgebung geschehe, sei Stück- und Flickwerk. Einzig und allein die Sozialdemokratie sei im stande, den ungerechten Zuständen ein Ende zu machen; sie müsse bei den Wahlen ihre Stimmenzahl verdoppeln. „Es muß uns ein Sieg werden, wie niemals die Sozialdemokratie einen ähnlichen erfochten hat."

Brandt zwar noch hochfahrend, aber mit etwas unsicherer Stimme.

„Herr Generaldirektor, ich stehe hier an Stelle des verstorbenen Berginspektors van Senden, und muß Sie um ein Zurücknehmen der beleidigenden Aeußerungen bitten. Sie wollen mir zunächst gestatten, Ihnen ein kleines Rechenexempel zu unterbreiten, für dessen Richtigkeit ich mich verbürge. Was an Pochrückständen verschifft und dem Cyanidprozeß unterworfen gewesen ist, finden Sie gebucht. Jede Tonne verursachte glatt 75 ℳ Unkosten, was durch Belege nachgewiesen werden kann. Daß dadurch der Reingewinn aus den „Tailings" nicht nach Millionen beziffert werden kann, liegt wohl auf der Hand."

„Immerhin machte der Berginspektor van Senden sich straffällig, wenn er für sich verwendete, was den Bergwerksgesellschaften gehörte", brauste der Generaldirektor auf, während Wilm ganz wieder Herr seiner selbst war.

„Das würde jedenfalls eine noch näher zu erörternde Frage und davon abhängig sein, wie die Betriebsoberleitung sich früher zu ihr gestellt hat", versetzte er kalt. Ich meine, ob sie jemals ein Verfahren einzuführen gewünscht hat, das die Goldausbeute der Gruben hätte erhöhen können, oder nicht vielmehr von jedem Fortschritte im Hinblick auf die sich erhöhenden Betriebsunkosten Abstand genommen worden ist."

„Versuchen Sie keine Ausflüchte, Herr van Senden. Das Gold gehörte den Bergwerksgesellschaften und nicht Ihren Verwandten."

Herr Brandt zeigte eine geradezu unerklärliche nervöse Aufregung. Er hatte die Worte förmlich hervorgestoßen.

„Es ist bedauerlich, daß nicht zu Lebzeiten des Herrn Berginspektors van Senden eine Klarstellung des Sachverhaltes erfolgt ist. Zweifellos würde er berechtigten Forderungen gegenüber sich nicht ablehnend verhalten haben. Jedenfalls bleibt rechtlich nur die Frage zu erörtern, ob und wie weit wir ersatzpflichtig sind. Die Tailings sind zu jedermanns Benutzung weggeworfen."

„Ah — da hinaus wollen Sie?" Es lag ein Ausdruck jähen Erschreckens in der Frage.

„Ich will nirgends hinaus, Herr Generaldirektor", sagte Wilm stolz.

„Aber Sie wollen den Bergwerksgesellschaften nicht ohne weiteres gerecht werden."

„Ich weiß nicht, was Sie unter „ohne weiteres" verstehen."

„Jedenfalls werden wir eine von autoritativer Seite getroffene Entscheidung abwarten, ehe wir uns zu einer Regelung der Angelegenheit entschließen können."

„Haben Sie gehört, meine Herren?" wandte der Generaldirektor seinen Begleitern sich zu, in deren Gesichtern sich eine herbe Enttäuschung ausdrückte. Sie hatten einen andern Ausgang dieser Unterredung erwartet. „Herr Wilm van Senden weigert sich, seinen Verpflichtungen nachzukommen, weil die Gefahr, diese Angelegenheit als Strafsache behandelt zu sehen, vorüber ist."

„Die Herren gestatten!"

Es waren die einzigen Worte, die über Wilms Lippen kamen, während er einem Fach des Schreibtisches zwei Briefe entnahm, die er vorzulesen sich anschickte. Er hielt es unter seiner Würde, weiter zu verhandeln.

„Mein lieber Berginspektor! Ich haben Ihren Vorschlag als einen Scherz aufgefaßt. Der mit dem Verfahren der Gebrüder Forrest in Barberton und Johannesburg gemachte Versuch mag ja gut ausgefallen sein; das kann aber für uns nicht in Betracht kommen. Die Herren arbeiten mit einem andern Kapital, abgesehen davon, daß Kohlen und Löhne, im Gegensatz zu unserem Bezirk, für einen Spottpreis zu haben sind. Wie sollten wir, bei den hohen Transportkosten, an eine Betriebserweiterung denken können? Es ist absolut unmöglich. Dann aber möchte ich Sie doch auf die Arbeitslöhne aufmerksam machen. Für die Weißen schwanken sie zwischen 80 und 250 Mark wöchentlich, die Schwarzen erhalten täglich bei freier Station 2 Mark. Daneben würde die Anlage eines Cyanidwerkes eine Verzinsung des Einlagekapitals bedingen, die nicht beabsichtigt wird.

Nein, nein, kommen Sie uns nicht wieder mit derartigen Vorschlägen. Sie müssen schon zusehen, daß Sie den Pochschlick nach wie vor auf gute Art losbekommen. Es soll dabei, wie ich von Herrn Ignatius van Senden höre, ein ganz hübscher Nebenverdienst für Sie herausspringen. Das lohnt sich schon der Mühe.

Au revoir — in acht Tagen in Johannesburg!

Genehmigen Sie die Zusicherung meiner besonderen Wertschätzung

Ihr

sehr ergebener

Brandt."

Während Wilm den Brief gelesen, hatte der Generaldirektor, der sich im ersten Augenblick sichtlich erschrocken gezeigt, sich wieder gefaßt. Es würde zwecklos sein, den Versuch zu machen, die Urheberschaft des Briefes zu leugnen. Er war ihm sehr wohl erinnerlich, da er nicht die Schöpfung einer momentanen Eingebung gewesen, als vielmehr ein Produkt reiflichen Erwägens. Dennoch mußte er versuchen, den Eindruck abzuschwächen, den er auf die Herren Roch und List gemacht. So sagte er in spottendem Tone:

„Diese freundschaftlichen Gelegenheitszeilen werden Sie wohl nicht als einen Beweis ins Feld führen wollen, daß der Berginspektor van Senden seine verantwortliche Stellung voll ausgefüllt hat. Damals — als ich sie schrieb — war erst mit dem Forrestschen Verfahren der Anfang gemacht worden. Es wäre gewiß Sache des Herrn van Senden gewesen, über seine Erfahrungen Bericht zu erstatten und den gestellten Antrag zu einem geeigneteren Zeitpunkte zu wiederholen."

„Die Wiederholung des Antrages erfolgte genau zwei Jahre später. Er ist abermals durch eine kurze Mitteilung abgelehnt. Ich bitte." Er las:

„Lassen Sie, bitte, die Sache ruhen. Ich kann mich auch heute nur auf mein Schreiben vom 8. April 1899 berufen. Mögen gegenwärtig immerhin bereits dreißig Cyanidwerke im Betriebe sein, es kann uns nicht kümmern. Herr Ignatius van Senden teilt Ihnen vielleicht gelegentlich etwas über die Gründe mit, die uns veranlassen, auf eine verbesserte Goldausfällung dauernd Verzicht zu leisten.

Hochachtungsvoll

Brandt,

Bergwerksdirektor."

Wilm atmete tief auf. Es überkam ihn in der Tat ein Gefühl der Erleichterung. Ein Blick auf die Herren Roch und List weckte in ihm die Hoffnung, daß es ihm gelungen war, wenigstens in diesem Falle einen häßlichen Verdacht von dem Andenken eines Toten hinwegzunehmen. Die Gesichter beider hatten einen peinlichen Ausdruck von Ueberlegenheit verloren.

Doch schon nahm Generaldirektor Brandt wieder das Wort. Seine Stimme verbarg nicht die Wut, in welche er durch das Vorlesen der Briefe versetzt worden war:

„Es zeigt nicht gerade einen besonderen Takt, eine Privatkorrespondenz in diese Geschäftsfrage zu ziehen. Keinesfalls ist sie von Bedeutung und im stande, die Ansprüche der Bergwerksgesellschaften zu beeinträchtigen. Im Gegenteil! Wir werden sie im vollen Umfange aufrecht erhalten. Zugeständnisse, die wir einem gutwilligen Schuldner, in Betracht Ihrer nicht beneidenswerten Lage, gemacht haben könnten, müssen in Wegfall kommen, sobald die Angelegenheit einmal zur öffentlichen Diskussion gelangt ist. Jedenfalls verlangen wir eine vollgültige Erklärung, wann und in welchem Umfange Sie Ersatz leisten wollen. Wir beabsichtigen auch nicht, Ihnen eine erhebliche Zahlungsfrist zu gewähren, sondern werden sofort, wenn die Chamber of mines das letzte Wort gesprochen, von unserem Rechte Gebrauch machen und Hand auf den van Sendenschen Nachlaß legen. Daher erwägen Sie wohl, ob es nicht im Interesse der Erben liegen würde, einen Vergleich anzustreben. Lasser & Sons sind bereit, die bei Pretoria und im Schoonspruit- und Moriskloster von dem Berginspektor van Senden erworbenen Ländereien, einschließlich die Farm „Elise", zu einem den gegenwärtigen Tarwert wesentlich übersteigenden Preise anzunehmen. Auch im Rustenburger Bezirk ist noch Land, worüber sich sprechen ließe, wenn die Lösung Ihrer Verbindlichkeiten eine noch vielleicht nicht erwartete Ausdehnung annehmen würde."

Wilms Herz schlug beinahe hörbar in der Brust, und vorübergehend fühlte er sich von einem Gefühl der Ohnmacht ergriffen. In dem Ton der Stimme des Generaldirektors lag etwas Warnendes, das, wider Willen, Eindruck auf ihn machte. Derselbe fügte noch hinzu: „Es wird von Ihnen abhängen, Herr van Senden, ob ich mein Gutachten für den Sohn meines hochgeschätzten Geschäftsfreundes abgeben kann, oder ob ich genötigt sein werde, alle Rücksichten beiseite zu setzen. Die Chamber of mines dürfte kaum in der Lage sein, sich auf einen Kompromiß einzulassen."

„Die Chamber of mines ist eine freie, wirtschaftliche Vereinigung, die keiner staatlichen Autorität unterworfen ist", versetzte Wilm van Senden ruhig und fest. „Ich habe eine viel zu hohe Meinung von ihr, als daß ich ihr Urteil fürchten könnte. Ihr Gutachten aber, Herr Generaldirektor, würde Ihrer zu verschiedener Zeit geäußerten Ansicht analog lauten müssen. Ich sehe daher voll Ruhe dem Kommenden entgegen, und werde selbst alles tun, was in meinen Kräften steht, das Ende dieser Angelegenheit herbeizuführen."

(Fortsetzung folgt.)